

<u>Nr.</u>	<u>Datum</u>	<u>1. Außenpolitik/ Staatsvertragsverhandlungen/Alliierte</u>	<u>Signatur</u>
1	1945.09.13	Protokoll des PV d.SPÖ, Bericht von Renner über den Rat der Alliierte	Archiv d.SPÖ
2	1946.10.10	Bericht über die Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Gedächtnisprotokoll über vertraulichen Bericht von BM Gruber	Nachlaß Waldbrunner
3	1946.10.15	Protokoll des PV d.SPÖ über aussenpolitische Fragen	Archiv d.SPÖ
4	1946.12.27	Briefwechsel zw. Renner und Figl. BP schlägt Erweiterung der Verhandlungsgruppe für die Staatsvertragsverhandlungen vor	KvVI Staatsvertrag
5	1947.01.31	Gedächtnisprotokoll über die 2.Sitzung der Londoner Konferenz. Disput zw. Gruber und Gousev über die Anerkennung der Moskauer Deklaration	KvVI Staatsvertrag
6	1947.06.17	Brief von Waldbrunner an Kreisky über Moskauer Verhandlungen zum Staatsvertrag und Innenpolitik	Nachlaß Waldbrunner
7	1947.10.06	Vertraulicher Bericht über Verhandlungen der Staatsvertragskommission	Nachlaß Waldbrunner
8	1947.12.10	Brief von ÖAAB-Hochleitner an Graf über Mobilisierung der Straße betr. positive Staatsvertragsverhandlungen	KvVI Staatsvertrag
9	1949.08.25	Vertrauliches Schreiben von Gruber an Figl über Stand der Londoner Konferenz. Gruber beklagt mangelnde Einstimmigkeit und Entschlossenheit der Wiener Regierung. Beschreibung der verschiedenen alierten Standpunkte	KvVI Staatsvertrag
10	1949.11.25	Schreiben Grubers an Schärf mit Ersuchen um Klärung wg. Aussage von Waldbrunner über Nichtratifizierung d. Kompensationsübereinkommens	KvVI Staatsvertrag
11	1951.10.02	Protokoll einer Besprechung von Figl und Schärf bei US-Botschafter Donnelly. Entwicklung der Staatsvertragsverhandlungen und Aufbau einer österreichischen militärischen Einheit	KvVI Staatsvertrag
12	1953.11.12	Erinnerungsvermerk von Schärf über eine Unterredung mit Außenminister Gruber	Nachlaß Waldbrunner
13	1953.11.28	Erinnerungsvermerk von Schärf über eine Besprechung mit Außenminister Figl	Nachlaß Waldbrunner

Popp 1
Sitzung des Parteivorstandes am 13.9.45

Anwesend: vom Parteivorstand Vorsitz zeitweise Gen. Seitz
Gen. Schärf

Gen. Afritsch
" Böhm
" Hackenberg
" Körner
" Krones
" Maisel
" Popp
" Proft
" Scharf
" Slavik
" Speiser
" Strasser

Von der Kontrolle: Gen. Honay
2 " ~~Scharf~~
" Widmayer
" Weber

Gäste der Regierung: Gen. Enzlein
" Renner
" Scheffenegger
" Waldbrunner

Tagesordnung.

1. Berichte der Regierungs-Mitglieder

Vor Eingang in die Tagesordnung kommt Gen. Seitz noch einmal auf den beim letzten P-V besprochenen Gesetzentwurf über die Behandlung der Nationalsozialisten in der Privatwirtschaft zuzusprechen und bemerkt, daß er hierfür nie seine Stimme gegeben hat. Gen. Böhm faßt nochmals die vorwiegend wirtschaftlichen Gründe zusammen, die ihn und die Gewerkschaften dazu bewogen haben, diesem an sich harten Gesetz zuzustimmen. In kurzer erregter Diskussion wird festgestellt, daß es sich beim Referat Böhm am 10.9.45 lediglich um einen Regierungsbericht ohne Antrag und Beschluß im PV gehandelt habe und daß dieser Bericht von allen Mitgliedern des PV mit Ausnahme des Gen. Seitz zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Antrag

Beschluß

Angenommen.

I., Berichte der Regierungsmitglieder

Gen. Renner gibt einen streng vertraulichen Bericht über den augenblicklichen politische Lage. Der Rat der Alliierten ist zusammengetreten und hat sich mit Österreich beschäftigt. Die Regierung ist offiziell nicht anerkannt, wohl aber praktisch. Drei von den vier Mitgliedern des Alliierten Rates waren für die Anerkennung. Lediglich England hat Vorbehalte gehabt. Es wird auf eine Änderung des Kabinetts gedrängt. Die Vorbehalte gelten hauptsächlich für das Ministerium des Inneren. Dies gilt der Polizei und der Wahlfrage. Man steht auf dem Standpunkt, daß die Wahlen nicht von der schwächsten und extremsten Partei geleitet werden können. Die Alliierten haben für die Wahlen volle Agitations-Freiheit auf dem gesamten österreichischen Gebiet zugesagt. Es ist nötig, den ganzen Stab von verfügbaren Referenten hinaus in die Länder zu entsenden. Er betont die Wichtigkeit der technischen Vorbereitungen. Der erste Schritt ist die Zusammenstellung der Bürgerliste. Große Schwierigkeiten im Hinblick auf den Nachweis der Staatsbürgerschaft und die Tatsache, daß England unsere Staatsbürgerschafts-Gesetze nicht anerkennt. Wahl-Ordnung von größter Wichtigkeit. Infrage kommen zur Zeit nur Nationalrats- und Landtagswahlen. An Gemeinderats-Wahlen wird zunächst nicht gedacht. Als Termin ist der 18.11. in Aussicht genommen. Sollte es sich herausstellen, daß dieser Termin technisch nicht einhaltbar ist, dann kommen Wahlen erst ca. März, April 46 in Frage. Wir stehen jedoch auf dem Standpunkt, daß wir die Wahlen je früher desto besser haben müssen. Müssen uns schlüssig werden, über die praktische Abwicklung. Jede gehässige Form der Agitation wird verboten werden. Es ist nötig, den Wahlkampf prinzipiell zu führen. Eine Frage ist noch der Schutz der Wahlen. In den russisch besetzten Gebieten wird unter Umständen die KP bevorzugt werden. In den westlichen Gebieten wird u.a. die KP und die SP gegenüber der ÖVP benachteiligt werden. Einberufung der Länder-Konferenz wird besprochen, sowie ihre Zusammensetzung. Die Länder-Konferenz wird Montag den 24.9. beginnen und ca. 3 Tage dauern. Wird sich mit der Zusammensetzung der Regierung befassen. Es sind bestimmt Auseinandersetzungen über die zwei wichtigsten Referate - Inneres und Unterricht zu erwarten, die nicht in der Hand der KP bleiben dürfen. Bei den Verhandlungen über diesen Punkt sind Schwierigkeiten zu erwarten. Wenn bei der Länder-Konferenz keine Einigung erzielt werden kann, wenn die KP nicht zustimmt, dann müßte diese Frage dem Exekutiv-Komitee der Alliierten vorgebracht werden. Auch dort ist ein Beschluß an Einstimmigkeit gebunden und die Angelegenheit kann an einem Einspruch der SU scheitern. Wir kommen auf diese Weise überhaupt nicht zu einer Regierungsbildung.

Ausweg in der Frage der Polizei und des Innen-Ministeriums. Die Organisierung des Sicherheitswesens wird in die Kompetenz des Landes gebracht, bei uns also in die Kompetenz der Gemeinde Wien. Dann könnte Honner ohnweiters an der Spitze des Ministeriums des Inneren und damit an der Spitze der Polizei verbleiben.

Ein zweiter Ausweg wäre, die Polizei in die Hand der Alliierten zu legen. Die Länder-Konferenz wird auch die schwierige Frage der Verfassung zu klären haben. Eigene Kommission werden für die verschiedenen Fachfragen in Aussicht genommen.

Hebt die Anerkennung, die unsere Gesetzeswerke in der Welt gefunden haben hervor und betont, daß dies in allererster Linie ein Werk des Gen. Schärff sei.

Er kommt noch einmal auf das Nazi-Gesetz und das neue Elaborat Speiser zu sprechen. Seiner Meinung nach ist das letztere für die Provinz kaum anwendbar. Es wird ein Übergangsgesetz geschaffen werden müssen. Betont, daß seiner Meinung nach die Kluft zwischen Staatsbürgern und Staatsbürgern nicht dauernd sein kann. Es ist unmöglich, daß der wertvollste Teil unserer Intelligenz durch die Gesetze von der Teilnahme am öffentlichen Leben ausgeschlossen ist.

Die Alliierten scheinen aus dem Gefühl heraus, daß in diesem Lande nichts zu holen ist, sondern nur zu bringen, geneigt, uns baldmöglichst allein zu lassen. Gen. Renner ist von hoher militärischer Stelle schon gefragt worden, wie lange er wohl mit einer selbständigen Regierung brauchen werde, um das Land allein zu verwalten. Sieht darin die Aufgabe für uns, die Länder brav und sitzsaam zu verwalten wie nur möglich, um zu beweisen, daß man uns allein lassen kann. Die politischen Kämpfe sind mit einer gewissen Zurückhaltung zu führen. Die Einigkeit der drei Parteien darf jetzt nicht zerrissen werden. Das würde in den Augen der Alliierten beweisen, daß wir uns nicht selbst regieren können und sie würden daraus den Schluß ziehen, daß sie hierbleiben und eingreifen müssen. Wir müssen uns mit unseren Gegnern - wenn auch zähneknirschend - vertragen. Auch das ist eine revolutionäre Taktik.

Sieht die Zusammenarbeit mit der KP als eine Notwendigkeit an weil 1. der große und wichtigste Teil unseres Landes von den Russen besetzt ist. 2. Diese Zusammenarbeit versetzt uns doch in die Lage, die radikalsten und aufrührerlustigsten Elemente im Zaume zu halten. Wenn das nicht gelänge, wäre es schlecht. Wenn die KP aus der Polizei und damit aus dieser Verantwortung ausgeschieden würde, dann mobilisiert sie die Straße und wir bekommen keine Ruhe mehr im Lande.

Zur Wahl selbst bemerkt Gen. Renner noch die Wichtigkeit der folgenden Fragen: Finanzen, Verkehrsmittel, Redner. Bezüglich Finanzierung wurde uns die Beihilfe von Bruderparteien in Aussicht gestellt. Der Wahlkampf muß sich gegen die ÖVP richten. Was die KP gewinnt, ist politisch nicht so gefährlich. Gefährlich wäre es nur, wenn die ÖVP die glatte Mehrheit bekommt. Erhält die KP und SP zusammen die Mehrheit, dann werden wir regieren können. Betont die Wichtigkeit des Mittelschichten-Problems und der Mittelschichten-Werbung. Wähler mit ausgesprochener demokratischer Existenz im gesamten Lande in der Minderheit. Die kleinen Bürger in Stadt und Land werden die Entscheidung bringen.

Auf Antrag des Gen. Schärff wird die Diskussion über das Referat des Gen. Renner zurückgestellt und Gen. Renner aufgefordert, einen Bericht über den Stand der Verhandlungen bezüglich der Zistersdorfer Ölquellen zu geben.

ntrag
und
eschluß

Laut Bericht der Roten Armee steht ihr auf Grund der Potsdamer Beschlüsse das Alleinrecht auf die Besetzung und Ausbeutung der Zistersdorfer Ölquellen bis zum Jahre 1947 zu. Sie haben jedoch der Österr. Regierung die Bildung einer österreichisch-russischen Gesellschaft mit der Beteiligung 50/50 angeboten. Es hat erst so ausgesehen, als ob man im Stande wäre, mit dem Vertrag ein Stück Besitztum - wenigstens zur Hälfte - für Österreich zu retten. Nun aber sind schwere Zweifel aufgestiegen, wir könnten in Schwierigkeiten mit den Alliierten gelangen. Die Russen bringen die deutschen Ölfelder ein, die ihnen als Beute zufallen. Diese Felder sind aber von Deutschland erst im Laufe des Krieges erworben resp. abgepreßt worden. Diese Zwangsverträge werden nicht anerkannt. Es kann sein, daß wir binnen kurzem Ansprüchen anderer Mächte gegenüberstehen. Die Gesellschaft wird sie befriedigen müssen und Österreich wird dann genötigt sein, zur Hälfte mitzuzahlen. Weiters nehmen die Russen für die Österr.-russischen Gesellschaft das Recht aller Konzessionen in Anspruch. Die Regierung fühlt sich zu so weittragenden Beschlüssen nicht befähigt; sehen also vor einer schwierigen Entscheidung. Im Ablehnungsfalle Verstimmung der Russen unausbleiblich. Im Zustimmungsfalle wahrscheinlich Schwierigkeiten mit den Alliierten. Gen. Renner gibt bei der Entscheidung allerdings zu bedenken, daß Rußland als einziger Staat unsere Regierung praktisch anerkannt hat, daß Moskau in vielen Dingen ernsthaft geholfen hat, daß wir wirtschaftlich gesehen, unbedingt die Orientierung und Anlehnung an Rußland brauchen. Unser Hauptgrund war das Deutsche Reich; das kommt für Absätze nicht mehr in Betracht. England und die USA müssen selbst exportieren und ist kein Markt für uns. Der Westen ist übersättigt und kommt in keiner Weise in Betracht. Nur im Osten sind für uns Möglichkeiten. Unsere handelspolitische Richtung wird sich nach dem Osten orientieren. Auch als Arbeitsmarkt kommt Rußland in Betracht. Politisch - werden wir uns nach der Gesamtheit orientieren, handelspolitisch nach Rußland ausrichten.

Die Entscheidung über die Zistersdorfer Frage liegt beim Kabinettsrat. Die Stellungnahme des politischen Kabinetts war zunächst folgende: Koplenik für Abschluß des Vertrages, Gen. Schärf stellt die Bedingung, daß die 4 Mächte unterschreiben. ~~Fin~~ nahm den Standpunkt ein, daß wir als Partialregierung nicht unterschreiben können. Abschluß kommt nur in Frage mit der Klausel "Vorbehaltlich der völkerrechtlichen Zustimmung".

Gen. Schärf wenn die Potsdamer Beschlüsse so lauten, wie sie uns dargestellt werden, sind wir als Verhandlungspartner schwach. Ölkonzessionen sind vielfach Ausgangspunkt für Konflikte.

Die Zukunft unseres Landes, die Zukunft unserer Wirtschaftsentwicklung steht auf dem Spiel. Gen. Schärf ist mit Figl einer Meinung, daß wir die Pflicht haben, Konflikten auszuweichen. Vertrag könnte nur geschlossen werden von einer handlungsfähigen Regierung (Anerkennung), oder wenn die Alliierten einverstanden sind. Führt noch aus, daß sich die Bewertung der einzelnen Vermögensteile, die die Vertragsschließenden einbringen zu unserem Ungunsten verschoben hat.

Weiters spricht sich Gen. Schärf gegen die von Gen. Renner vertretene Meinung, daß Österreich sich handelspolitisch nach dem Osten ausrichten müsse, aus. Glaubt, daß wir in Massen Industrie-Artikel, deren Rußland bedarf so schwach sind, daß wir als Lieferanten kaum in Frage kommen. Unsere Geschmack und Luxus-Industrie jedoch findet dort keinen Absatz. Für uns kommen also der Südosten und der Westen in Frage.

Gen. Waldbrunner spricht ebenfalls entschieden dafür, uns aus dem Konflikt herauszuhalten. Beleuchtet die Rechts-Situation der von den Russen als Beute betrachteten Ölfelder. Gibt zu, daß wir im Weigerungsfalle den Handelsvertrag mit Rußland im Augenblick riskieren. Glaubt aber 1. nicht daran, weil die Russen aus politischen Gründen auf Handelsbeziehungen mit Österreich nicht verzichten können und ist 2. der Auffassung, daß für uns Handelsbeziehungen mit Rußland nicht von entscheidender Wichtigkeit sind. Selbst um den Preis, anerkannt zu werden, können wir so einen Vertrag nicht zustimmen.

Gen. Renner ist der Auffassung, daß unsere Ablehnung etwas sehr schlechtes bedeuten würde. Nicht nur weil die Rote Armee verstimmt wird, sondern vor allem weil damit das Werk praktisch stillgelegt wäre. Die Russen sind effektiv im Besitz der gesamten Anlage und werden, wenn sie keinen Vertrag erhalten, eben nur für ihren eigenen Bedarf ausbeuten. Es ist die Frage, ob wir uns dies leisten können.

Gen. Waldbrunner schlägt dem PV vor, etwa folgenden Antrag zum Beschluß zu erheben.

Vorschlag

Es wird beantragt, den Gen. Scharf als Mitglied des politischen Kabinetts zu beauftragen, daß der Vertrag über das Zistersdorfer Öl nur mit der vorgeschlagenen Präambel, daß entweder die Anerkennung der Regierung, oder das Einverständnis aller 4 Besatzungsmächte (unter Gewährleistung der Rechte der Anderen) vorliegt, abgeschlossen werden könnte.

In der weiteren Diskussion sprechen sich die Gen. Böhm, Helmer und Widmayer zustimmend zu dem Vorschlag Waldbrunners aus.

Antrag

Gen. Slavik erhebt den Vorschlag Waldbrunners zu einem Antrag an den PV.

Gen. Scharf bekennt sich zur Ansicht des Gen. Renners.

Gen. Renner hat speziell reale Argumente ins Treffen geführt, die man einfach nicht umgehen kann. Hält die Meinung Renners, daß wir auf handelspolitische Beziehungen mit Rußland angewiesen sein werden, für richtig. Der Osten und der ebenfalls von der SU kontrollierte und beeinflusste Südosten sind das wirtschaftliche Ergänzungsgebiet für uns. Die Ansicht, daß die SU für unsere Geschmacksindustrie keine Verwendung hat, sei zweifellos nicht haltbar. Die SU ist ein vielgestaltiges Land. Es gibt Gebiete mit höherem und niedrigerem Kultur, bedürfnissen. Italien und Deutschland scheiden als Wirtschaftspartner weitgehendst aus. Was riskieren wir bei dem Vertrag? Daß er von den anderen Mächten angefochten und annulliert wird. Dann wäre es eben ein Versuch, mit der SU in gute handelspolitische Beziehungen zu gelangen. Von Gen. Scharf wurde auf kriegerische Verwicklungen hingewiesen, die ihre Wurzel in Öl-Konzessionen haben. Dabei ist zu bemerken, daß wesentlich für derartige Konflikte nicht Konzessionen, sondern eben das Erdöl-Vorkommen in einem Lande ist. Es schützt uns davor eigentlich nichts besser, als ein starker Partner.

Antrag

Gen. Scharf stellt den Antrag, das Abkommen mit der SU abzuschließen.

Gen. Hackenberg: Wenn die Russen mit der Absicht nach Österr. gekommen wären, eine antirussische Stimmung zu erzeugen, dann hätten sie es nicht besser machen können. Das wirkt sich bis in den PV der SPÖ aus. Wir haben aber die Aufgabe, uns von solchen Dingen frei zu machen. Für uns lautet doch die Fragestellung klar und einfach: wir brauchen unbedingt fremdes Kapital um Zistersdorf wieder in Betrieb zu setzen.

Wir sind selbst, wie aus allen Ausführungen hervorgeht, dazu nicht im Stande. Sollen wir die Zistersdorfer Öllquellen und ihre Ausnützung den kapitalistischen Westmächten überlassen oder sollen wir sie der SU überlassen. Ob der Vertrag von den übrigen Mächten anerkannt werden wird, können wir nicht wissen. Für uns ist es notwendig, daß wir uns als Sozialisten in dieser Frage zu Gunsten Rußlands entscheiden. Aus diesem Grunde stimmt er dem Antrag Scharf zu.

Gen. Strasser unterstreicht, was Hackenberg gesagt hat und bekennt sich zur Ansicht Gen. Renners.

Beschluß

Nach Schluß der Debatte gelangt der Antrag Gen. Slaviks zur Abstimmung und wird mit 11 gegen 4 Stimmen angenommen. Dadurch entfällt der Antrag Scharf.

Gen. Popp greift die Debatte über das Wahl-Problem auf und gibt der Meinung Ausdruck, daß der PV die Stellung einnehmen müßte, daß die Wahlen so rasch als möglich durchzuführen sind. Nimmt an, daß das alte Wahlgesetz im wesentlichen wieder rechtsgültig sein wird, das heißt - Listen Wahlrecht. Spricht über die Vorbereitungen zur Länder-Konferenz; hält die Stimmung auf dem Lande für günstig.

Gen. Speiser bespricht dann die Wahl-Propaganda. Regt an, ein Wahl-Büro unter Führung des Sekretariates, sowie Rednerschulen raschest einzurichten. Stellt folgende Anträge:

Anträge

1. 14 Tage vor der Wahl ist in jedes Land ein verantwortlicher Genosse, der sich zu seiner Hilfe noch einen oder mehrere Wiener Genossen oder Genossinnen beziehen kann, zu entsenden. Die Genossen haben dort die Wahlagitiation zu betreiben.
2. Mit Beginn der Wahl-Kampagne soll namentlich der Name Sozialistische Partei Österreichs unter Wegfall des Untertitels (Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten) benützt werden.
3. Errichtung von Rednerschulen für die Wahl.
4. Unser Parteiabzeichen (3 Pfeil mit rotem Ring) soll auf jeder Drucksorte erscheinen.

Gen. Afritsch stellt folgende Anträge:

Anträge

1. Falken und Jugend sind in die Wahl-Propaganda einzusetzen.
2. Bei der Ausstattung des Sekretariates mit Personal ganz großzügig vorzugehen. Personal das nach der Wahl im Sekretariat nicht mehr Verwendung finden kann, könnte von der Gemeinde übernommen werden.

Antrag

Gen. Hackenberg: Abfassung und Publikation eines Artikels über die Bedeutung des Parteiabzeichens.

Beschlüsse

Sämtliche Anträge werden einstimmig angenommen.

Gen. Scharf berichtet über die vom Sekretariat bereits getroffenen Wahlvorbereitungen und kann darauf hinweisen, daß ein Teil der Anträge ja bereits durch die Vorarbeiten des Sekretariates verwirklicht, oder im Begriff sind, verwirklicht zu werden. So z.B. kommt keine Drucksorte mehr heraus, ohne das Parteiabzeichen. Das Sekretariat organisiert Hand in Hand mit der Jugend und den roten Falken Rote Spieler-Gruppen, die im Wahlkampf eingesetzt werden sollen. Der Artikel über die Bedeutung des Parteiabzeichens ist bereits geschrieben und wird in den nächsten Tagen erscheinen. Darüber hinaus ist noch eine ganze Reihe von Plakaten, Flugblättern usw. in Vorbereitung. Gen. Scharf will damit den PV nicht belasten und wird diese Vorschläge dem Wahl-Komitee vorlegen.

Bericht über die Sitzung des Ausschusses für auswärtige
Angelegenheiten vom 10.10.1946.

Die Sitzung begann um 10 Uhr vormittag.

Der Herr Aussenminister berichtete über seine Aussprache mit dem russischen stellvertretenden Aussenminister Wischinsky und den Fühlungen mit dem russischen Element in Österreich.

Demnach können die Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen Österreich und der Sowjetunion in folgende Punkte zusammengefasst werden:

1.) Das Verstaatlichungsgesetz:

Die Sowjetunion verlangt, dass dieses Gesetz so abgefasst wird, dass das nach den Potsdamer Beschlüssen in sowjetischen Besitz übergehende reichsdeutsche Eigentum von der Verstaatlichung ausgenommen wird.

Bundesminister Dr. Gruber vertritt hier den Standpunkt, dass die Frage des deutschen Eigentums nach österreichischem Recht geregelt werden müsse. Diese Frage müsse in allen Zonen einheitlich geregelt werden.

2.) Die Zurückerstattung des 600 Millionen Schilling Kredites:
Von Genraloberst Sheltow ist die Abdeckung dieses Kredites in Konversionsschillingen urgiert worden.

Dr. Gruber weist darauf hin, dass in diesem Falle auch die Vereinigten Staaten von Amerika die Abdeckung von 1,6 Milliarden Konversionsschillingen verlangen würde. Da Österreich nicht in der Lage ist, solche Beträge zu bezahlen, werde man an den All. Rat ersuchen müssen, die Entscheidung über diese Frage in die Hand zu nehmen.

3.) Für die in den ersten Monaten nach der Befreiung Österreichs gelieferten Nahrungsmittel verlangt die russische Besatzungsmacht entweder Bezahlung oder Warenkompensation.

Auf Befragen teilt der Minister mit, dass es sich hierbei um Schulden in der Höhe von 135 Millionen Schilling handelt.

4.) die Zistendorfer Ölfelder:

Die Sowjetunion würde nach wie vor die Errichtung einer Gesell-

schaft zur Ausbeutung der Zistersdorfer Ölfelder wünschen, an der Österreich und die Sowjetunion zu je 50 % beteiligt sein sollten. Aussenminister Dr. Gruber stellt fest, dass die Frage des Zistersdorfer Öls mit der Frage des deutschen Eigentums gemeinsam gelöst werden müsse.

Hier vertritt er den Standpunkt, dass die Restitution vor der Reparation kommen müsse. Die amerikanische Seite steht diesem Standpunkt freundlich gegenüber. Die Frage des deutschen Eigentums könne nur einvernehmlich mit allen Alliierten gelöst werden. Durch eine Indiskretion erhielt der Aussenminister Kenntnis von einem Brief der Russen an die Engländer,

in welchem Massnahmen gegen Österreich wegen der Veröffentlichung des Verstaatlichungs-Gesetzes verlangt wurden.

Der Herr Aussenminister wünscht eine Stellungnahme der Parteien zu folgenden Punkten:

- I. Präzisierung des Standpunktes gegenüber dem Verstaatlichungsgesetz.
- II. Stellungnahme zu den bisherigen Verhandlungen, die vor allem für den Staatsvertrag von Bedeutung sein können.
- III. Kenntnisnahme der Stellung der Regierung in der Frage des 600 Millionen Kredites und der Lebensmittelschulden.
- IV. Die Anerkennung, dass die Zistersdorfer Frage nur eine Teilfrage des Problems "Deutsches Eigentum" ist.

Der Aussenausschuss beschloss, die Diskussion über diese Probleme erst nach Stellungnahme der Parteien abzuführen und ersucht den Herrn Bundesminister, seine Ausführungen über die anderen aussenpolitischen Probleme fortzusetzen.

UNRRA: Dr. Gruber hat versucht in Paris zu verhandeln, dass nach Auflösung der UNRRA weiterhin Lebensmittel nach Österreich gesandt werden. Die Vereinigten Staaten haben sich bereit erklärt, Lebensmittel in einem Mindestaufwand von 150 - 200 Millionen Dollar nach Österreich zu liefern. Die Vereinigten Staaten werden das grösste Augenmerk der Hilfe für Österreich widmen. Ohne diese Hilfe würden wir nicht existieren können.

Dr. Gruber hat auch versucht, Handelsvertragsverhandlungen mit der Sowjetunion - jedoch erfolglos - aufzunehmen, weil die Sowjetunion zuerst die Zistersdorfer Frage gelöst sehen will.

Trotzdem werden wir versuchen, mit der Sowjetunion nochmals in

Im Allgemeinen ist die Lebensmittellage noch immer sehr ernst, es gibt in Europa keinen Lebensmittelüberfluss. Dazu kommt, dass in der Welt ein Fettkrise besteht wegen des Ausfalles der Pflanzezfette, die wegen des Bürgerkrieges in holländisch-Indien nicht geliefert werden.

Dr. Gruber hat auch die Amerikaner darauf aufmerksam gemacht, dass es gefährlich wäre, wenn die Versorgung Österreichs dem Militär übertragen würde, weil dadurch die Zonenwirtschaft und die Gefahr der Zerreissung Österreichs akut werden könnte.

Im Übrigen bekannte sich Dr. Gruber zu dem Grundsatz, dass die Kammern Einblick in die Führung der Handelsvertragsverhandlungen bekommen sollen.

Zum Problem Staatsvertrag erklärte der Aussenminister, dass vom russischen Element die Einigung über das Verstaatlichungsgesetz für den Abschluss eines solchen Vertrages gefordert wird. Es sei jedoch als positiv zu bewerten, dass Wischinsky sich für ein einheitliches und freies Österreich entsprechend der Moskauer Erklärung ausgesprochen hat.

Reparationsforderungen: Wenn es zu einer Deutschland -Konferenz kommt, werden wir versuchen, dabei ebenfalls vertreten zu sein. Unsere Forderungen können allerdings nur platonisches Interesse haben. Höchsten für das "Deutsche Eigentum" könnte es von Bedeutung sein, obwohl auch hier nicht viel zu erwarten ist.

Unsere Ansprüche auf den Österreichischen Goldschatz sind wohl angemeldet. Vor Abschluss des Staatsvertrages haben wir jedoch keine Aussicht, ihn zu bekommen.

Donaukonferenz: Der Wirtschafts-Ausschuss der UNO hat den Beschluss zu einer Donaukonferenz in Wien gefasst. Die Sowjetunion hat jedoch erklärt, dass sie sich an ihr nicht beteiligen wird. Damit ist von vorne herein nicht viel Aussicht für diese Konferenz gegeben. Als besetztes Land würde Österreich lediglich durch die Besatzungsmächte auf dieser Konferenz vertreten sein.

./.

Der formalistische Verlauf der Sitzung wird durch das folgende
Kommunique dargestellt:

"Nach einer längeren Debatte, in der die Abgeordneten Brachmann (SPÖ),
Kapsreiter und Dr. Tschurtschenthalte (ÖVP) ihren Standpunkt dar-
legten, nahm der Ausschuss die Ausführungen des Ministers zur Kenntnis.

Abg. Dr. Nadine Paunovic (ÖVP) richtete an den Minister eine Anfrage
über die nach Zeitungsmeldungen und Nachrichten unbefriedigende
Lage der Österreicher in Deutschland. Der Minister sagte zu, im Ein-
vernehmen mit dem zuständigen Bundesministerium für Inneres dieser
Frage sein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Zum Schluss der Sitzung gab Abg. Mark (SPÖ) der Genugtuung über das
von der österreichischen Bundesregierung gestellte Begehren auf
Auslieferung der Nürnberger Kriegsverbrecher Ausdruck und erklärte,
dass diese Haltung der österreichischen Regierung in besonderer Weise
durch einen Beschluss des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
als zuständiger parlamentarischer Körperschaft bei der Weltöffent-
lichkeit verstärkt werden könnte.

Der Ausschuss stimmte dem Antrag einhellig zu"

G e d ä c h t n i s p r o t o k o l l .

Heute, am 10. Oktober 1946 erstattete Bundesminister Dr. Gruber vor der sozialistischen Fraktion des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten einen vertraulichen Bericht über die aussenpolitische Lage Österreichs. Der Herr Bundesminister begründete die Vertraulichkeit mit der Bemerkung, er wolle nicht für die kommunistische Volksstimme Material, das zur Propaganda verwendet werden könnte, liefern.

Der Bericht des Bundesministers hatte im wesentlichen folgenden Inhalt:

A m e r i k a : In Amerika gibt es drei verschiedene Auffassungen über die notwendige Einstellung gegenüber der Sowjetunion. Die Auffassung des zurückgetretenen Handelsministers Wallace sollte den Grundsatz durchsetzen, die amerikanische Politik solle der Sowjetunion eine gewisse Einflussphäre einräumen und sich hauptsächlich darauf beschränken innerhalb der eigenen Einflussphäre eine gewisse Sicherheit zu festigen. Dieser Auffassung haben sich ungefähr 80 % der amerikanischen Presse widersetzt.

Eine andere Auffassung in Amerika geht darauf hinaus, die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, die über kurz oder lang kommen müsse, nach Möglichkeit gleich zu provozieren, bzw. so lange das Geheimnis der Atombombe Amerika ein gewisses Übergewicht gibt. Auch dieser Auffassung konnte sich in Amerika nicht durchsetzen und hat auch bis jetzt in militärischen Kreisen keinen massgebenden Einfluss gewinnen können. Die dritte Auffassung, die vom amerikanischen Aussenminister Byrnes vertreten wird hat zum Ziele, der Sowjetunion gegenüber eine gewisse Festigkeit und Unnachgiebigkeit zu zeigen und damit zu versuchen, die Sowjetunion in gewisse Schranken zu halten.

Man kann in aussenpolitischen Dingen nicht von vorneherein wissen, ob eine bestimmte Haltung erfolgreich sein wird oder nicht. Es ist also klar, dass erst die Zeit bestätigen kann, ob eine bestimmte aussenpolitische Haltung zum Ziele führt.

E n g l a n d : Es ist selbstverständlich, dass England, dass der Sowjetunion viel näher liegt und eine viel gefährlichere weltpolitische Stellung hat, nicht mit derselben Unbekümmertheit experimentieren

kann, wie die Vereinigten Staaten. England legt sich daher bei der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion eine gewisse Zurückhaltung auf, obwohl es insgeheim auf der Linie der amerikanischen Politik steht und die wichtigsten Informationen für die amerikanische Politik in London gesammelt werden, dass ja dem europäischen Kontinent und der Sowjetunion bedeutend näher liegt als die USA. Nach aussen hin ~~man~~ erscheint also bei Aktionen gegen die Sowjetunion vor allem Amerika in der Führung zu sein.

Frankreich: Frankreich ist seit Beendigung des Krieges vor allem bemüht, seine frühere Grossmachtstellung wieder zu erlangen. Es wird in diesem Bestreben zum Teil durch die Sowjetunion unterstützt, weshalb auch im Allgemeinen keine besonderen Differenzen zwischen der Sowjetunion und Frankreich auf aussenpolitischem Gebiet bestehen. Erst die Erklärung der Sowjetunion, dass sie gegen die Abtrennung der Ruhrgebiete von Deutschland sei, hat einen strittigen Punkt in dieses Verhältnis gebracht.

Sowjetunion: Es ist nicht klar, welchen Motiven die aussenpolitische Haltung der Sowjetunion entspringt. Es gibt Meinungen, nach denen die SU bestrebt ist, die Welt zu erobern und es gibt andere Meinungen, nach denen sich die SU lediglich mit einem Sicherheitsgürtel gegen Angriffskriege zu umgeben versucht. Die Motivierung muss für die österreichische Aussenpolitik gleichgültig bleiben; es ist von uns englisch-amerikanischer Seite versichert worden, dass in nächster Zeit eine energische Aktion gegen die Sowjetunion in der Frage Österreich eingeleitet werden wird. Es ist anzunehmen, dass auch die SU keinen Krieg herbeiwünscht, so dass wir hoffen dürfen, dass diese Aktion schliesslich erfolgreich verlaufen wird.

Die Sowjetrussen sind vollkommen realpolitisch eingestellt und wir dürfen uns keiner Hoffnung hingeben, dass entweder die Volkspartei oder die Sozialistische Partei das Vertrauen der Sowjetunion gewinnen könnte; es sei denn, wir würden uns entschliessen, unsere Struktur den Oststaaten anzugleichen und die Kommunisten an bestimmte führende Positionen zu lassen.

Wir sind aber der Überzeugung, dass auf Grund der realpolitischen Einstellung der Sowjetunion es wieder möglich sein wird, wenn Österreich besatzungsfrei ist, auch mit der Sowjetunion in eine gut nachbarliche Beziehung zu kommen.

U N R R A : Die UNRRA ist aufgelöst worden, weil man auf anglo-amerikanischer Seite der Ansicht ist, dass nicht weiterhin Güter in Länder gesandt werden sollen, die nicht entsprechend kontrolliert werden können. Der Abschuss des amerikanischen Flugzeuges in Jugoslawien hat in Amerika grosse Aufregung verursacht.

England und Amerika stehen nun dadurch gewisse Güterbestände zur Verfügung, die es an Länder wie Griechenland, Italien und Österreich aufteilen kann. Ich habe mich daher, wie ich bereits im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten erklärt habe, bemüht, von Amerika und England Lebensmittelkredite zu bekommen, was uns auch versprochen wurde. Ich glaube nicht, dass die Sowjetunion imstande gewesen wäre, uns ähnliche Kredite zu gewähren, zumindest nicht unter denselben Bedingungen. Die Nachrichten, die wir aus dem Osten erhalten, besagen, dass dort für die verschiedenen Oststaaten nicht Güter in demselben Masse zur Verfügung stehen. Dennoch werden wir uns natürlich bemühen, auch von der Sowjetunion eine gewisse Unterstützung für den kommenden Winter zu erhalten.

S ü d t i r o l : In der Südtiroler Frage habe ich nicht bemüht zu einem Einverständnis zu gelangen, weil ich glaube, dass es notwendig und zweckmässig ist, mit unserem südlichen Nachbar in ein gutes Verhältnis zu kommen. Und ich hoffe, dass durch die neuen demokratischen Parteien in Italien sich auch bald eine andere Einstellung uns gegenüber bemerkbar macht.

D o n a u k o n f ö d e r a t i o n : Obwohl der Zusammenschluss der Donaustaaten einen gewissen Vorteil bedeuten würde, weil durch ihn Wirtschaftsgebiete, die schon früher einmal zusammen gehörten, wieder zusammenkommen, möchte ich doch vor einer vorzeitigen Propaganda warnen. Und wie ich eine Zollunion mit Italien abgelehnt habe, bevor Gewissheit über die weitere Entwicklung besteht, so ist auch für die Weiterentwicklung der Donaustaaten grösste Vorsicht am Platze. Eine besondere Benachteiligung für Österreich würde es dabei bedeuten, dass es vollkommen abgerüstet ist, während Jugoslawien und die CSR im

hohen Masse gerüstet sind.

Die Ausführungen des Herrn Bundesministers scheinen sagen zu wollen; Es hat keinen Sinn, der SU gegenüber entgegen zu kommen, da ein solches Entgegenkommen von ihr nur gewertet werden würde, wenn es auf einer realistischen Grundlage beruhe. Ein solches Opfer zu bringen scheint jedoch nicht erforderlich zu sein, da die westlichen Alliierten sich ohnehin früher oder später würden durchsetzen können.

P r o t o k o l l

über die Sitzung des Parteivorstandes am 15.10.1946.

Anwesend:

Parteivorstand:

Vorsitz:

Gen. Scharf

" Afritsch
" Hackenberg
" Jochmann
" Körner
" Krones
" Maisel
" Meik
" Popp
" Proft
" Proksch
" Scharf
" Speiser
" Strasser

Kontrolle:

" Flosmann
" Honay
" Jonas
" Kostroun
" Mentasti
" Pfaller
" Widmayer

zugezogen:

" Jenschik
" Pollak
" Clischek
" Pittermann
" Migsch
" Deutsch
" Probat

T a g e s o r d n u n g

1. Ausgleichskassa
2. Aussenpolitische Fragen
3. Delegation nach England
4. Gesellschaft der Freunde des republikanischen Spaniens
5. Lohnsteuerfragen
6. Handelskammer
7. Sekretariatsangelegenheiten.

1. Ausgleichskassa

Gen. Pittermann teilt mit, dass er mit Hainl über die Ausgleichskassa zur Wegsteuerung der hohen Exportgewinne gesprochen habe. Die Schaffung einer solchen Ausgleichskassa ist seit langem unser Gedanke. Die abgeschöpften Beträge sollen zur Verbilligung von überteuerten Rohstoff- und Lebensmitteleinkäufen verwendet werden. Vor kurzem ist das Ministerium eigenmächtig vorgegangen, ohne dass eine gesetzliche Grundlage vorgelegen hat. Diese soll nunmehr geschaffen werden. Forderung der Arbeiterkammer - Abschöpfung von 85 %, für den Export nach dem Südosten und mindestens 80 % für die anderen Länder - Schaffung eines Überwachungskomitees für die Gebarung in welchem Arbeiterkammer und Gewerkschaftsvertreter sitzen. Überwachungskomitee hat das Recht, bis zu 10 % nachzulassen. Forderung der Handelskammer - Abschöpfung von nur 25 %.

Antrag

Gen. Pittermann stellt an den PV die Frage, ob er billigt, dass wir bei den Verhandlungen auf unserer ursprünglichen Forderung beharren.

Beschluss

PV stimmt zu:

2. Aussenpolitische Fragen.

I

Gen. Scharf berichtet über die letzte Sitzung des Aussenausschusses, sowie über ein Sonderreferat Gruber vor der SP-fraktion des Aussenausschusses (lt. Beilage) und bittet den PV zu den von Gruber konkret gestellten Fragen Stellung zu nehmen. Gruber soll auf Einladung nach New York reisen. Gen. Scharf äussert Bedenken. Erinnert daran wie gross die Bedenken der Partei seinerzeit bei der Reise Dr. Schärfs nach London gewesen sind. Macht darauf aufmerksam, dass Fischer im Ausschuss sich zu dieser Frage nicht gerührt hat. Ist aber überzeugt, dass man von Seiten der Russen und von Seiten der KP diese Reise als Beweis für die Westorientierung brandmarken wird.

Gen. Schärf nimmt Stellung und ergänzt den Bericht. Die einseitige Auslegung der Russen über die Potsdamer-Beschlüsse kann von uns nicht anerkannt oder gesetzlich festgelegt werden. Bei dem 600 Millionen-Kredit den uns die Russen gegeben haben, muss bedacht werden, dass sie vorher aus den Banken und Sparkassen alle Geldmittel abgeführt haben. Es wurde mündlich vereinbart, dass wir diesen Kredit wieder in Mark zurückerstatten können. Eine zweite Vereinbarung wurde getroffen, nach der wir 150-200 Mill. in Schillinge und den Rest in Mark bezahlen, respektive dass der Rest auf ewig aufgehoben wird. Jetzt stellen sich die Russen auf den Standpunkt, dass er in Schill. zurückgezahlt werden muss. Beide Vereinbarungen werden abgeleugnet. Amerikaner und Engländer nehmen den Standpunkt ein, wenn die Sowjetverwaltung auf diese Weise vorgeht, dann melden auch sie ihre Guthaben an. Sie beharren auf einer gemeinsamen Regelung.

Bezüglich Lebensmittellieferungen stellt Gen. Schärf fest, dass mit Ausnahme der Maispende die Lebensmittellieferungen bezahlt werden müssen. Normale Preise wären noch tragbar. Russen verlangen jedoch stark überhöhte Preise. Die anderen Alliierten melden, wenn wir diese Schuld anerkennen und begleichen ebenfalls ihre Forderungen an.

Zur Amerikareise Grubers ist Gen. Schärf der Meinung, dass dies eine Privatreise sei, die wir schwer verhindern können. Von besonderer Wichtigkeit ist die Frage der Moskauer-Gesandtschaft. Die Mission Waldbrunner muss als gescheitert betrachtet werden. Die Russen haben ihn auf dem Trockenen sitzen lassen. Es sind Bestrebungen im Gange, das Verhältnis zur russischen Besetzung zu verbessern. Die Regierung wäre bereit 6.000 Dollar frei zu machen, damit Waldbrunner ein zweites mal einen Versuch unternehmen kann.

Gen. Renner hat verschiedene Pläne, das Verhältnis zu den Russen besser zu gestalten: Es haben inzwischen verschiedene Fühlungen mit den Russen stattgefunden. Es wurde erwogen einen anderen Mann hinzusenden der in der Partei einen noch höheren Rang bekleidet als Waldbrunner.

Gen. Schärf hat jedoch den Eindruck, dass der Personenwechsel nichts ändern würde. Neigt der Meinung zu, dass der Gesandtenposten in Moskau keine Einflussposition für uns ist. Wir opfern nur einen Genossen, den wir hier dringend benötigen. Glaubt, dass man es bei dem bisherigen Versuch lassen sollte. Könnte sich die Liquidation folgendermassen verstellen: Waldbrunner ist aktiver Beamter und Abgeordneter, dies ist nicht zu vereinbaren. (Zwischenruf Gen. Seitz: Dies stimmt nicht. Die heutigen Bestimmungen sind nur eine Auslegung des alten Artikels 11 der alten österreichischen Verfassung, der besagt, dass Beamte in öffentlicher Funktion zur Ausübung ihres Mandates keines Urlaubs bedürfen. Wenn er das Mandat ausüben will, steht es ihm frei den aktiven öffentlichen Dienst zu erfüllen oder nicht. erinnert an eine Entscheidung des alten österreichischen Verfassungsgerichtshofes, welche die gleiche Stellungnahme einnimmt. Wenn Waldbrunner nach Moskau geht, geht das niemanden etwas an.)

Gen. Schärf bemerkt, dass dies nicht ganz stimmt. Es war in der ersten Republik etwas selbstverständliches, dass man nie geduldet hat, dass eine Person zu gleich ein Mandat bekleidet und aktiven Beamtendienst leistet. Waldbrunner wurde jetzt vor die Entscheidung gestellt und er ist der Meinung, er soll sich für das Abgeordnetenmandat entscheiden und die Gesandtschaft liquidieren.

Gen. Waldbrunner - Die Russen sind in keiner Weise gesonnen die österreichische Frage in absehbarer Zeit, etwa separat zu regeln. Er hat den Eindruck, dass erst Deutschland entschieden werden soll. Sie werden sich davon nicht abbringen lassen, weder auf Druck von Amerika, noch durch freundliche Gäste Österreichs. Es wird dort absolut Realpolitik betrieben. Gen. Waldbrunner versichert, dass er nach bestem Wissen und Gewissen dort gearbeitet habe und sich keiner Nachlässigkeit bewusst sei. Gruber habe an dem anscheinenden Misserfolg auch

keine Kritik geübt, aber Gruber hat ihn auch in keiner Weise unterstützt. Es sind offensichtlich nicht nur die Russen desinteressiert an einer engeren Verbindung mit Österreich, sondern vor allem zeigt auch unsere regierungsführende Partei kein Interesse an einer engeren Verbindung mit Russland. Nach den Besprechungen Gruber mit Wischinsky ist man auf einmal bereit 6.000 Dollar aufzubringen. Warum hat man dies nicht früher getan. Die Russen sind nicht gewillt nachzugeben, die ÖVP ist nicht bereit etwas positives zu leisten. ÖVP wird von den Amerikanern gehalten und erhalten und die Amerikaner werden sich das auch bezahlen lassen. Amerikaner werden so lange sie können, Figl und Gruber auf ihrer Linie halten.

Die Anleihe von 125 Mill. ist noch billiger für sie, als der Verlust des Einflusses. Nach den Erfahrungen die er im Ausseamt mit Figl, mit der ÖVP überhaupt gemacht hat, muss er den Schluss ziehen, dass die ÖVP zu einer Annäherung an Russland zu wirklichen Verhandlungen mit Russland nicht gewillt ist, weil sie wahrscheinlich nach der anderen Seite zu starke Bindungen hat. Unter diesen Umständen hat die Weiterführung einer Mission, die zweifellos ebenfalls zum Scheitern verurteilt wird, keinen Sinn. Bittet, ihn von dieser Stelle frei zu lassen.

Gen. Speiser befürwortet den Wunsch des Gen. Waldbrunner ihn frei zu geben. Erinnert daran, dass Gen. Rauscher seinerzeit die Stellung im Staatssekretariat mit der ausdrücklichen Klausel übernommen hat "solange Waldbrunner in Moskau ist." Erwägt gleichzeitig ob es nicht noch günstiger wäre, Waldbrunner direkt in der Partei zu beschäftigen. Ist absolut dagegen, nochmals einen Mann der Partei nach Moskau zu entsenden. Hält es für das einfachste einen Berufsdiplomaten hinzuschicken. Bischof in Paris erscheint ihm der geeignete Mann; gehört unserer Partei an seit April 45 - kann sein, dass dies rückdatiert ist. Wäre für eine solche Lösung, wenn sie in der Regierung durchsetzbar ist.

Gen. Deutsch ist der Meinung, dass Waldbrunner seine schwierige Lage mit Takt und Geschick gemeistert hat. Stimmt Waldbrunner zu, dass das Scheitern der Mission ein Verschulden der VP darstellt, die auf den russischen Posten keinen Wert gelegt hat und schon gar keinen Wert darauf, dass dort ein Sozialist steht. Betont, dass wir neutral zwischen Westen und Osten stehen wollen, dass es jedoch die Frage sei ob man das kann. Ist der Meinung, dass die Russen nicht aus sturer Feindseligkeit gegen uns vorgehen, das hängt mit den politischen Zentralproblemen zusammen. Zentraleuropa ist in Abhängigkeit von den Russen und deshalb kämpft Russland auch um Österreich. Ist der Meinung, dass die Differenz zwischen den All. größer ist als bei Deutschland. Das Problem Deutschland leichter lösbar, da Deutschland am Boden liegt. Russland ist misstrauisch gegen die ÖVP, die sie als Reaktion verurteilt und ist misstrauisch gegen uns, weil man uns für zu schwach hält den Kurs der VP aufzuhalten und weil man uns zutraut, dass wir aus Feindseligkeit gegen die Russen bereit sind, der PV Konzessionen zu machen. Unsere Aufgabe ist es, den Russen klar zu machen, dass dies nicht so sei - wir tun das auch immer wieder, aber man glaubt uns nicht. Spricht sich auch dagegen aus, dass man zum zweiten Mal einen Mann der Partei

hin entsendet. In den nächsten Monaten wird man dort nichts erreichen können. Man muss die Zeit der Friedensverträge abwarten. Bischof wäre ein Mann, den man nach Moskau entsenden könnte; er ist ein Genosse, soweit ein Diplomat unseren Gedankengängen zu folgen imstande ist. Je mehr er sich mit dem Gedanken beschäftigt, desto mehr ist er überzeugt davon, dass es gescheiter ist den Versuch einen Sozialisten zu entsenden, rechtzeitig aufzugeben. Die Frage ist nur, ob die Russen das als eine Demonstration auffassen werden, dann müssen wir uns die Sache neuerdings überlegen, gleichgültig wie wir die Frage Waldbrunner lösen. Die Tatsache der Abhängigkeit von Russland ist so gross, dass man ihr politisch Rechnung tragen muss und dass man in dem Bestreben gute Beziehungen zu erhalten bis an die Grenze der physischen und psychischen Möglichkeit gehen muss. Waldbrunner wird vielfach in Österreich gebraucht, könnte sich denken, dass er Generaldirektor der B.B. oder Präsident der Alpine-Montan wird. Wenn das durchführbar wäre, hat das einen Sinn Waldbrunner an die Wirtschaft abzugeben, sonst wäre es zweifellos vorzuziehen, dass Waldbrunner die Führung der Wirtschaftspolitik in der Partei übernimmt. Verschiedene Genossen arbeiten auf wirtschaftlichem Gebiet. Eine Koordination dieser Sektoren wäre unbedingt nötig.

Gen. Pollak hält es für entschieden, dass Waldbrunner nicht nach Moskau zurückkehrt. Die Frage der Begründung sei ihm wichtig. Es muss vermieden werden, dass es als eine Handlung erscheint, die sich gegen die S.U. richtet. Die Begründung der Inkompatibilität reicht seiner Meinung nach nicht aus. Könnte sich denken, dass man entweder vollkommen stillschweigt, oder mit viel Werbung sagt, Waldbrunner brauchen wir in Österreich wegen der Verstaatlichungsangelegenheit. Die Verstaatlichungsfrage hängt mit der S.U. vielfach zusammen und gerade weil Waldbrunner ein erprobter Freund der S.U. ist, muss er zur Durchführung dieser Dinge ins Land zurück.

Gen. Krones stellt fest, dass Waldbrunner auf allen Sparten vermisst wurde und dass seine Verwendbarkeit und Notwendigkeit in Österreich nicht zu diskutieren ist. Zweifellos ist der letzte Vorschlag Pollaks der Beste, wenn es darum geht die Zurückziehung Waldbrunners sowohl der S.U. als auch unseren eigenen Genossen gegenüber zu erklären. Damit ist jedoch nicht alles getan. Als Waldbrunner nach Moskau entsandt wurde, haben wir als Partei in unserer Presse laut und vernehmlich erklärt nur ein Sozialist kann Aussenpolitik, namentlich mit der S.U. betreiben. Wenn wir heute einen Berufsdiplomaten hinausschicken, nehmen wir einen Misserfolg auf uns, der nicht unser Misserfolg ist, sondern wie Waldbrunner schon dargelegt hat ein Verschulden der VP darstellt. Überdies wird Russland die Tatsache, dass man einen Sozialisten durch einen Berufsdiplomaten ersetzt, nicht als freundliche Handlung betrachten. Gen. Deutsch hat kürzlich im PV erklärt, die Verbesserung der Beziehungen zu Russland sind eine Lebensfrage Österreichs und unserer Partei und hat heute erklärt, dass wir bis an die Grenze der physischen und psychischen Möglichkeiten gehen müssten, um diese Verbesserungen herbei zu führen.

Gen. Krones richtet die Frage an den PV ob wir tatsächlich bis an die Grenze gegangen sind. Hat das Gefühl, dass wir nicht einmal noch den Anfang gemacht haben. Ohne Änderung der Einstellung der Regierung und unserer Partei hat es zweifellos keinen Sinn einen Sozialisten auf diesen Posten zu entsenden. Bei Beibehaltung der derzeitigen Haltung gegenüber Russland wird auch er scheitern müssen. Hält es jedoch für notwendig 1.) unsere Haltung hier zu ändern (Verhandlungen mit den Russen aufzunehmen und sei es nur um Festzustellen was man von uns verlangt und um offen aufzuzeigen können, wenn man Unannehmbares verlangt) und 2.) dann tatsächlich einen Sozialisten und keinen Berufsdiplomaten nach Russland schicken.

Gen. Scharf verzichtet auf das Wort.

Gen. Pittermann möchte viel stärker einen Satz der Gen. Krones unterstreichen, nämlich dass wir viel offener und lauter über die unannehmbaren Bedingungen sprechen sollen. Die Haltung der Russen in der Frage - deutsches Eigentum - ist für uns unannehmbar. Glaubt nicht, dass wir uns von unserem Standpunkt, dass wir mit einem Element nicht verhandeln, abdrängen lassen sollen. Wir müssen daran festhalten, dass nur der Kontrollrat berechtigt ist in solchen Fragen zu sprechen. SPÖ kann über die weltpolitische Situation nicht hinaus kommen, wenn wir unsere Selbstständigkeit behalten sollen gibt es keine Vermittlung. Ist durchaus bereit, dass wir am Parteitag darüber reden.

Zu den aussenpolitischen Fragen verweist Gen. Pittermann noch auf die Handelsvertragsabschlüsse. Auch in der Frage - Einladung nach Ungarn - hat man uns wieder übergangen. Frenzel konnte man zwar nicht verhindern, aber Fritsch der mitreisen hätte sollen, hat vom Aussenamt nicht rechtzeitig die Papiere bekommen. Gen. Pittermann ist der Meinung, dass Hainl uns in diesen Fragen nicht schlecht gesinnt ist, dass jedoch das Aussenamt und noch höhere Stellen der VP uns sabotieren. Diese Fragen müssen in der Regierung zu einer Vereinbarung kommen.

Beschluss Der PV kommt der Bitte des Gen. Waldbrunner nach und nimmt seinen Antrag, ihm seiner Gesandtschaftspflichten zu entbinden an. Es wird noch kurz darüber diskutiert ob wir für die Besetzung des Gesandtenpostens in Moskau einen bestimmten Vorschlag machen sollen, respektive auf einen bestimmten Berufsdiplomaten hinweisen sollen.

Beschluss Der PV lehnt es ab, dass auf einen bestimmten Berufsdiplomaten hingewiesen wird.

Beschluss Für den Rücktritt Waldbrunner soll die von Gen. Pollak vorgeschlagene Erklärung gegeben werden.

Gen. Schärf erklärt, dass man in der Verstaatlichungsfrage und in der Frage Zissersdorf, sowie in der Frage der Russenkredite ~~kann man~~ schwer von der bisherigen Politik der Regierung abgehen. Es findet deshalb über diese Fragen keine Abstimmungen statt.

Beschluss Bezüglich der Handelsverträge sollen die Gen. Pittermann, Migsch, Proksch, Kostroun Verhandlungen mit Hainl und Gruber führen. Die

Genossen sind ermächtigt, wenn sich dies als notwendig erweist, die Verhandlungen mit weiteren Stellen, eventuell Figl fortzuführen.

3. Delegation nach England.

Am 8. Nov. findet die zweite Internationale Konferenz statt.

Antrag

Gen. Probst schlägt im Namen des Präsidialkomitees die Gen. Schärf und Proft vor. Sollte sich die Möglichkeit ergeben einen ^{dritten} Genossen ausserhalb der Delegation mitzunehmen, wird Gen. Pollak in Vorschlag gebracht.

Beschluss

Die Delegation Schärf und Proft wird angenommen. Bezüglich der Entsendung von Gen. Pollak wird von Gen. Honay der Einwand erhoben ob es nicht zweckmässig wäre, wenn drei Genossen reisen können, einen Genossen aus den Ländern mitzugeben. Wenn es eine Möglichkeit gibt einen dritten Genossen zu entsenden soll Gen. Pollak herangezogen werden.

4. Gesellschaft der Freunde des republikanischen Spanien.

Gen. Deutsch berichtet über die Vorarbeitung bezüglich Gründung der Gesellschaft. KP hat bereits zugesagt. VP hat ursprünglich zugesagt, später Schwierigkeiten gemacht, sodann die Meinung bekundet, dass die Regierungsmitglieder nicht beteiligt sein sollten. Das Präsidium wird sich aus 1 SP-Mann, 1 KP-Mann und einen parteipolitischen nicht gebundenen Bürgerlichen zusammensetzen und vermutlich wird auch die VP noch einen Vertreter verlangen.

Beschluss

Der PV nimmt den Bericht des Gen. Deutsch zur Kenntnis und stimmt grundsätzlich der Gründung der Gesellschaft unter diesen Voraus-

5. Lohnsteuerfrage

setzungen zu.

Gen. Pittermann berichtet über eine Ausschlusssitzung, in der die Lohnsteuerreform diskutiert wurde. Vom Finanzminister sei vorgesehen bei Wochenlöhnen 12 S, im Monat 5 S, bei Tageslöhnen 2 S abzuziehen und erst bei den um diesen Abzugsspesten verringertem Betrag zur Steuerbemessung heranzuziehen. Überstunden und Nachtarbeit soll steuerfrei bleiben.

Ferner sind Begünstigungen bezüglich Besteuerung bei Abfertigungen ^{vorgesehen}. Dies ist ein Vermittlungsvorschlag mit den sich Honner halbwegs zufrieden gegeben hat. Unser Antrag war darauf gerichtet, die Steuergruppe 1 überhaupt wegzubringen.

Gen. Pittermann richtet an den PV die Frage, ob wir auf unserer Forderung - einheitliche Steuergruppen für alle Steuerträger beharren sollen, ob wir an unseren Initiativantrag festhalten sollen. Nach kurzer Diskussion an der sich Gen. Proksch und Flossmann beteiligen, wird dem Vorschlag Pittermann, auf unseren Initiativantrag zu beharren zugestimmt.

Beschluss